

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'chen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

**Kugelgenpreis:**  
Die einpaltige Petzville n. berrn Baum l. Bezirk 120,-, außerhalb desselben 130,-, einpaltig. Inzeratensteuer. Kugelgenpreis 100 Proz. Zuschlag. Charte u. Buchhalterleistung 20 Mt. Reklame-Zelle 100,-.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinlänglich wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.  
**Benutzer Nr. 4.**  
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gebühr erhoben.

Nr. 61.

Neuenburg, Mittwoch, den 14. März 1923.

81. Jahrgang.

## Deutschland.

**Bonn, 12. März.** Ein Regierungsrat des Reichsministeriums wurde zu drei Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er feinerzeit die Herausgabe der Finanzakten abgelehnt hatte. Er wurde in Haft gehalten. In Witten ist das Polizeigefängnis beschlagnahmt worden. Der Gefängnisbeamte wurde zur Räumung seiner Wohnung angefordert.

**Berlin, 13. März.** Der Deutsche evangel. Kirchentag, die Vertretung des im Mai u. J. von den 28 deutschen Landeskirchen geschlossenen Kirchenbundes, soll, wenn irgend möglich, im Herbst d. J. nach Barmen-Elberfeld oder Bielefeld einberufen werden. Nach den vorbereitenden Kirchentagen in Dresden und Stuttgart ist dies die erste Tagung des Kirchenbundesparlamentes mit dem Inkrafttreten der Bundesverfassung. Verhandlungsgegenstand ist dem Vernehmen nach u. a. die Mitarbeit der evangelischen Kirche an der Gründung des Ehe- und Familienbundes.

**Berlin, 12. März.** Der Reichsrat hat sich heute bei dem Antrag Preussens von den Ausschüssen angenommen. Entschlossenheit der Angehörigen der Finanzverwaltung der Gemeinden die alsbaldige Verabschiedung des dem Reichstag vorliegenden Landessteuergesetzes (Finanzausgleichsgesetz), jedesfalls aber noch vor dem 1. 4. 23. fordert und die einzige Möglichkeit, den Gemeinden die ihnen unentbehrlichen Mehreinnahmen zu sichern, in einer Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent erblickt. Im äußersten Fall könne eine Finanzsicherung der Erhöhung der Umsatzsteuer auf den 1. 7. in Frage kommen.

**Beschleunigter Ausbau der Wasserkräfte in Bayern.**  
Aus München wird gemeldet: Die bayerische Staatsregierung hat dem Landtag einen Antrag überreicht, der verlangt, daß die Regierung der Erhöhung des Stammkapitals der Rhein-Main-Donau-A.G. auf das Dreifache des bisherigen Betrages von 60 Millionen Mark zustimmt. Die Staatsregierung soll weiter ermächtigt werden, gemeinsam mit dem Reich der Gesellschaft ein nach näherer Vereinbarung zu verzinshendes und zu tilgendes Darlehen im Werte bis zu 2 Millionen Reichsmark zu gewähren. Schließlich soll die Staatsregierung ermächtigt werden, bis zum Höchstbetrag von 1 750 000 000 Mark Schatzanweisungen auszugeben und diese der Rhein-Main-Donau-A.G. zur vorübergehenden Verpfändung ihrer Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Der Landtag wird sich noch heute, und zwar in zusammenfassender Weise, mit diesem Antrag beschäftigen.

**Weitere Opfer des französischen Terrors.**  
**Muer, 12. März.** In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurden zahlreiche Straßenpassanten, die zum Teil frühmorgens nach anderswärts gereist waren und von dem Verbot des Nachverkehrs keine Kenntnis haben konnten, und abnunglos ihre Bewegungen ausließen wollten, ohne Kenntnis von Franzosen beschossen. Mehrere von ihnen mußten wegen gefährlicher Schußverletzungen in hiesige Krankenhäuser gebracht werden. Im Krankenhaus befindet sich ein junger Mann, der einen Beinverstoß in den Kopf erhielt. Heute vormittag riefen die Franzosen das Lehrerkollegium des Gymnasiums zusammen. Sie mußten dem Kollegium den Vorwurf, daß die Schüler von den Lehrern zum Abreißen der französischen Plakate aufgefordert worden seien, überhaupt seien die deutschen Gymnasien die Hauptstätten des Widerstandes. Der Gymnasiallehrer Dolabos wurde mit der Reizepistole mißhandelt. Der Leiter der Anstalt, Oberstudiendirektor Dr. Reber, und Studienrat Freiwasser, Beigeordnete der Stadt Muer, wurden verhaftet und abgeführt. Zahlreiche weitere Verhaftungen, die im Laufe des Sonntags und des Montags vorgenommen wurden, folgerten die Erregung der Bevölkerung aufs Höchste. Wie die Franzosen gegen die Bevölkerung vorgehen, zeigt die Tatsache, daß harmlose Straßenpassanten, die die Hände in den Manteltaschen hatten, ohne weiteres von französischen Patrouillen festgenommen und mißhandelt wurden. Im Laufe des heutigen Nachmittags sind zahlreiche französische und belgische Tauschgewader aus Richtung Niederrhein in Muer eingerückt.

**Die Bluttat in Dortmund.**  
**Münster, 12. März.** In der Schießerei betrunkenen Franzosen in der vergangenen Nacht in Dortmund werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der von der Soldateska ermordete Arbeiter ist der belgische Staatsangehörige Heinrich Schöffel, 40 Jahre alt. Er ist seit vier Jahren in Deutschland ansässig und fand kurz vor seiner Hochzeit. Seine Braut, die sich bei ihm befand, gibt folgende Darstellung über den Vorfall. Das Brautpaar stand mit Bekannten in der Wilhelmstraße, als plötzlich eine Anzahl betrunkenen Franzosen mit ihren Revolvern auf die Gruppe zulief. Der Brautigam erhielt sofort einen Wundstich und brach zusammen. Als sich der Betroffene in seinem Sinne wälzte und die Braut versuchte, den Kopf des Sterbenden in die Arme zu nehmen, stürzte ein französischer Soldat auf sie zu und rief sie in die Höhe, so daß der Kopf des Mannes, der in ihren letzten Tagen lag, hart auf das Pflaster krachte. Der Sterbende wurde in das Hospital überführt und verschied kurze Zeit danach. Außer ihm wurden noch fünf weitere Personen verwundet. Davon konnten noch Anklagen von Notverwandten nur wieder entlassen werden. Der Tote befindet sich im Leichenhaus. Es ist der 34jährige Bergmann Ernst Scholl, der einen Schußverstoß davontrug. Ein anderer Verletzter heißt Wilhelm Krause, Heizer von Beruf. Dieser hat einen Schuß durch den Hinterkopf erhalten.

**Rückgebung der Stadträte zum Beamtenrat.**  
**Elberfeld, 13. März.** Eine am Sonntag abgehaltene Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Beamtenbundes aus dem besetzten und Entwürfsgebieten nahm zu der Frage des Beamtenratgesetzes eine Entschlossenheit an, in der es heißt:

„Wenn die mit der deutschen Beamtenschaft gemachten Erfahrungen noch eines Beweises bedürften, daß sie künftig zu höherer Pflichtauffassung fähig und aus freier Entschlossenheit zu aufopfernder Tätigkeit an Volk und Vaterland gewillt ist, so ist dieser Beweis jetzt in dem Abwehrkampf erbracht. Die Beamtenschaft steht in ihrem Handeln nicht als eine selbstverständliche Pflichterfüllung. Sie erwartet aber, daß die deutsche Republik ihr schleunigst ein Beamtensvertretungsrecht gibt, das ihr in den Angelegenheiten der persönlichen Dienstregelung ein wirkliches Mitbestimmungsrecht gewährt. Die dem Reichstag vorgelegte Formulierung entspricht den berechtigten Erwartungen der Beamtenschaft in keiner Weise. Vor allem ist der Ausschluß der Kündigung von dem Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß ungerade.“ Die Entschlossenheit wurde dem Reichstagsrat und den Parlamenten ermittelt.

**Deutscher Reichstag.**  
**Berlin, 12. März.** Im Plenum des Reichstags nahm man sich den Gesetzentwurf über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus vor. Diese Novelle ist, wie Arbeitsminister Dr. Brauns seitend bekannt, von jeder ein Sorgenkind der Regierung gewesen. Als zum erstmalig die Wohnungsbaugesetze geordnet wurde, war man, wie heute von keiner Seite mehr ernstlich bestritten wird, entschieden zu schwächen angetreten. Selbst der sozialdemokratische Sprecher gab das zu und weiter räumt er ein, daß der öffentliche Wohnungsbau vom Mieter getragen werden müsse. Allerdings kam hinterher gleich der Bierbesatz zum Vorschein: Nur dann könnte man den Arbeitern dieses Opfer zumuten, wenn ihnen gleichzeitig entsprechende Lohnaufbesserungen gewährt werden. Es ist der alte Kreislauf, aus dem wir offenbar nicht heraus können. Die Abgabe sollte zunächst für das Jahr 1923 auf 1500 Prozent festgesetzt werden, aber im Ausschuss hat man bereits herausgefunden, daß auch dieser Prozentsatz bei weitem nicht ausreicht, um eine Vebelung der Baustatistik auch nur in bescheidenstem Ausmaß zu ermöglichen. Es wurde also vorgeschlagen, den Satz zu verdoppeln, und es versteht sich von selbst, daß die Regierung diese Anregung mit heller Freude aufnahm. Minister Dr. Brauns gab sich die erdenkliche Mühe, dem Hause die Ueberzeugung beizubringen, daß diese Aufhebung so hohe Belastung im Grunde gar nicht so schlimm sei. Immerhin, eins kommt zum andern, und die Bevölkerungsschichten, die nicht zu den Verdienenden zählen und die andererseits wirtschaftlich nicht stark genug organisiert sind, um eine automatische Erhöhung ihrer Bezüge zu erwirken, werden wieder die Hauptleidtragenden sein. Zwar will die Regierung beständig zu Werke gehen, sie will den Kinderreichen, den Kriegsbeschädigten, den Rentnern, kurz allen, die da mühselig und beladen sind, Schonung angedeihen lassen, aber diese gewiß humanen Absichten werden nicht verhindern, daß auf viele tausende von schwachen Schultern neue Büden gehäuft werden. Das steht aber jeder ein, jeder beklagt es. Jedoch: Not kennt kein Gebot. In diese fatalistische Schlussfolgerung langen im Grunde sämtliche Reden aus, so sehr sie in Einzelheiten differieren. Morgen geht die Aussprache über denselben Gegenstand weiter. Auch die Entwertungsgesetze stehen, und zwar als letzter Punkt, die Tagesordnung.

**Friedensbedingungen.**  
Die „Daily Mail“ ist bekanntlich ein Blatt, an dessen engsten Beziehungen zur französischen Regierung nicht zu zweifeln ist. Dieses Blatt weiß nun mitzuteilen, daß Frankreich und Belgien planen, England an der westfälisch-lotringischen Interessengemeinschaft zu beteiligen, von der die französische Industrie und der französische Nationalismus träumen. Auch die Bedingungen, die Deutschland gestellt werden sollen, kennt das Blatt. Sie sind lächerlich. Schon die erste lautet: Deutschland soll die Ruhrbesetzung als rechtmäßig anerkennen. Diese Zustimmung entbehrt uns der Notwendigkeiten, uns mit den anderen Punkten des französischen Programms zu beschäftigen. Auch dieser französisch-belgische Fühler kann für Deutschland nur die eine Schlussfolgerung nach sich ziehen: zu zeigen, daß Deutschland noch lange nicht „an der Grenze seiner Widerstandskraft angelangt ist“. In Berliner amtlichen Kreisen werden denn auch die französischen „Friedensbedingungen“ als lächerlich und als für Deutschland völlig unannehmbar bezeichnet.

**Ausland.**  
**Lauscha und die Subroktion.**

**Paris, 12. März.** Beim Empfangabend des englisch-amerikanischen Pressklubs hielt Vauclair eine Rede über die politische Lage. Er sagte darin u. a., daß seiner Ansicht nach noch das Jahr 1923 eine völlige Umgestaltung des Vertrags von Versailles bringen werde. Die Weltwirtschaftler seien heutegenaus selber keine Politiker und umgekehrt. Das wäre ein schwerer Fehler. Frankreich habe beim Friedensschluß im Gegensatz zu Wilson und Lloyd George ständig Garantien verlangt, habe aber stets mit den Mächten gepöbelt und Deutschland vertriebt. Rathenau und Simons seien oftmals der gleichen Ansicht gewesen wie er selbst, hätten aber dann immer wieder hervorgehoben, sie zweifelten an der Unterstützung des Reichstages. Er sei gegen die Ruhrbesetzung gewesen, weil er die dortigen Verhältnisse ziemlich genau kenne, aber da Frankreich nun einmal dort sei, müsse es durchhalten. Innerhalb zweier Monate werde Deutschland verhandlungsbereit sein. Die Ruhr sei kein Zweck mehr, sondern nur noch Mittel zum Zweck.

**Die Feuerungswelle in Frankreich.**  
**Paris, 9. März.** Die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgen des Ruhrkrieges machen sich in der französischen Industrie immer stärker fühlbar. Vor einigen Tagen hielten die Leiter der ostfranzösischen metallurgischen Werke Herrn Poincaré einen morosen Vortrag über die prekäre Lage ihrer Betriebe und erhielten die aufmunternde Antwort, daß die „starke Methode“ in Höhe aller erträglichsten Resultate, als da sind: Kapitulation Deutschlands, Unterzeichnung eines Ausbeutungspaktes,

nebst Verpfändung des linken Rheinufer auf unbestimmte Zeit, zur Reife bringen werde. Schlag auf Schlag folgten die Besetzungen deutscher Blöge, Eintreibung der Kohlensteuer und — was dazu gehört — Zurückhaltung der Dienstklasse 1921 bis zum 31. Mai. Natürlich sollen die Verträge mit dem „geschlagenen Deutschland“ schon vorher geschlossen sein. Gestern erhielt aber Herr Poincaré einen zweiten Besuch: die nordfranzösischen Textilfabrikanten melbten sich zugleich mit den südfranzösischen Seidenfabrikanten und den Vertretern einiger die Zuckerindustrie betreffenden Produktionszweige an. Dem Ministerpräsidenten wurde ein Memorandum vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß sich der Einkauf von Rohmaterial in drei Wochen um 40 Prozent verteuert habe; die Lebensbedingungen der Arbeiter seien um 30 Prozent gestiegen. Erhöhung der Produktionskosten und Erschwerung des Absatzes, hauptsächlich infolge vermindelter Kaufkraft des Volkes, seien eingetreten. Die Frage, wie man sich eindecken solle, stünde bei den Industriellen auf dem Programm. Man käme mit der Franko-Baluta nicht mehr in Ordnung und plane die Einführung des Dollar als stabile Einkaufs- und Kalkulations-Baluta. Sollten die Arbeiter auf Lohnerböhrungen bestehen, so würden die Fabrikannten zur Aussperrung übergeben und es der Regierung überlassen, Arbeitslosenunterstützungen auszubehalten. Der Ton einiger Vertreter muß scharf gewesen sein, denn in dem Hauptblatte der französischen Industrie „Information“ wird gesagt: Der Ministerpräsident stand unter dem Eindruck der sehr wesentlichen Auslosungen einiger Herren und vertrat sofortigen Eingreifen. Man darf nun die Frage stellen, wie dieses „Eingreifen“ der Regierung Frankreichs, die im besetzten Gebiete und in den widerrechtlich festgehaltenen deutschen Landesteilen die Befreiung des Arbeiters von seinem industriellen Ausbeuter“ verwirklichen will, wie diese Lat Poincarés aussieht. Im offiziellen „Temps“ wird hierüber sehr genauer Ausschluß erteilt. Das Blatt erzählt aus allerbesten Quelle, daß Herr Poincaré aus keinem Fall dulden wird, daß die Arbeitslöhne in einer Zeit, wo nationale Entschlossenheit über alles geht, erhöht werden. Die Verteuerung der Lebensmittel um 30 Prozent gibt er zu, aber er verlangt von dem Arbeiter ein „Opfer auf dem Altar der Würde und der Rechte Frankreichs“. Poincaré ist aber, dem „Temps“ zufolge, der Ueberzeugung, daß die französischen Kommunisten hinter dieser Lohnbewegung stehen, um Frankreich zu schaden. Während den deutschen Kommunisten von dem Düsseldorfener Hauptquartier Sonntag um Maul geschmiert wird, droht man den hiesigen wieder mit Gefängnis, weil die Arbeiter mehr Lohn verlangen. Im „Temps“ stellt man bereits den Gewerkschaftsleuten die Felle in Aussicht.

**Lloyd George über „Frankreichs ruheloses Abenteuer“.**  
Im Rahmen seiner Auffahrlage bestrich Lloyd George in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ „Frankreichs Gefahr im Ruhrgebiet“. Lloyd George wird in diesen Stellen immer klarer und immer deutlicher. Er heißt es nunmehr schon „ein ruheloses Abenteuer“, ist allerdings pessimistisch genug, um zu befürchten, daß Frankreich einfallen nicht verlassen wird, sich aus den Schwierigkeiten zu befreien, in die es Europa und das eigene Land gestürzt hat. Die Situation, so meint Lloyd George, sei um deswillen, so besonders hoffnungslos, weil zwar alle, die für eine Regierungsumbildung in Betracht kommen könnten das Ruhrunternehmen mißbilligten und von seinem endgültigen Scheitern überzeugt wären, daß sein hervorragender politischer Führer in Frankreich aber Neigung hätte, das Obium des Signals zum Rückzug auf sich zu nehmen. Zum Schluß verabschiedet Lloyd George auch seinem Nachfolger bittere Rillen. Er nennt das Plaubuch der britischen Regierung über die Vorgänge auf der Pariser Konferenz „ein erschauendes Dokument“, aus dem sich ergebe, daß von keinem der Mitglieder der Konferenz auch nur der Versuch gemacht worden sei, ihren Abbruch zu verhindern. Niemand hätte auch in Paris die Frage an Herrn Poincaré gerichtet, was denn nun eigentlich Deutschland tun solle, um den tödlichen Schlag der Ruhrbesetzung zu vermeiden. Lloyd George schließt seine Betrachtungen: „Das Ergebnis ist, daß niemand die Bedingungen kennt, unter denen die französische Armee das Ruhrgebiet räumen will. Herr Bonar Law wußte nichts zu erwidern, als man ihn im Unterhause darnach fragte. Das wundert mich nicht, denn niemand hat es ihm gesagt, und er hat niemals darnach gefragt. Ich bin sicher, daß Herr Poincaré jetzt gar nicht mehr weiß, weshalb er ins Ruhrgebiet eingerückt ist.“

**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**

Durch Entschlossenheit des Herrn Staatspräsidenten wurden ernannt Hilfskassenschriftent Dr. H. Karl, beim Oberamt Neuenburg zum Kassenschriftent, Hansmeister Hellerich beim Oberamt Neuenburg zum Dauerverwalter.  
**Höfen a. Enz, 9. März.** Einen seltenen Kunstgenuss für Aug und Ohr bot der gestrige Gemeindeabend in der Kirche. Im Mittelpunkt stand ein aus eigenem Erleben herausgewachsener Vortrag des Herrn A. Springer, Stuttgart über „Renaissance“. Der Redner gab ein Bild der Renaissancezeit und ihrer geistigen und politischen Weltansicht, in der sich Großes und Gemeines paarte und widersprach. Ihr größter Künstler Michelangelo war durch seine tiefverankerte, grübelnde und gottfindende Natur berufen, die Renaissance zu überwinden. Auf die Werke, die vornehmlich alle Ruhe, griechische Abgeläutheit ausdrückten, folgten solche von wildem, stürmischen, Unruhe schaffendem Gehalt, die bald die Kunstform der Renaissance sprengten. Dem genannten Künstler entsand in der Fürstin Viktoria Colonna eine verhandlungslose Freundin, die beruhigend auf ihn wirkte und ihn auch mit wichtigen Gedanken des evangelischen Christentums vertraut machte. Greifende Gedichte, deren eines mit den Worten schließt: „Nicht Wollen hilft, nicht Wesseln meine Seele, sie sucht die Liebe Gottes, die am Kreuze die Arme dreitet, und darcin zu schließen.“ Die Be-

Billen  
den  
weichen,  
schen  
erbunden,  
gefunden.  
de spürt,  
regiert,  
den  
fenden.  
zu beilen,  
Rbein.  
Eise Gehrter  
Ralk  
ntzsch,  
mach.  
el  
en.  
agold,  
ahnhof.  
edoch sehr haltbar.  
eter M. 3500.—  
dar, ca. 74 cm  
M. 3900.—  
84 cm breit  
M. 4200.—  
a, fast unvers  
ca. 86 cm hoch  
M. 4900.—  
ausgelegt Benz  
endung.  
98, Oberpöhl  
Art am Platz  
ng Herrenalt  
rie-Artien:  
3700.—  
2700.—  
2100.—  
4100.—  
410.—  
2500.—  
1900.—  
00.—  
1900.—  
2600.—  
1700.—  
1500.—  
8200.—  
1200.—  
14750.—  
2400.—  
1400.—  
7000.—  
; befestigt.



Polizei mitteilen, die französischen Offiziere zu grähen.  
Dohum, 14. März. In der Nähe von Dilgel ist beim  
Hind Meer der Strecke Essen-Berden der eine Schienen-  
weg gesprengt worden. Der Betrieb wird eingeleistigt auf-  
recht erhalten. Sieben in der Nähe der Blockstation wohnende  
Bergarbeiter sind verhaftet worden.

Berlin, 13. März. Der Reichspräsident richtete an den  
Magistrat der Stadt Buer folgendes Telegramm: In tiefer  
Erregung über die unerhörten unmenschlichen Bluttaten des  
französischen Militärterrors gegenüber den friedlichen schuld-  
losen Bürgern Ihrer Stadt bitte ich Sie, den Hinterbliebenen  
der so grausam Ermordeten meine herzlichste Teilnahme zu  
übermitteln. Es wird alles geschehen, um von den betroffenen  
Familien materielle Not fernzuhalten.

Berlin, 13. März. Die gestrigen Verhandlungen im  
Reichsfinanzministerium haben ergeben, daß den Beamten  
ab 19. März das laufende Monatsgehalt gezahlt wird.  
Die quartalsweise auszufällenden Gehälter werden am  
gleichen Tage ausgezahlt werden. Ebenso werden die Reichs-  
und Staatsarbeiter am 19. März einen Vorkurs in Höhe  
von zwei Wochenlöhnen ausgezahlt erhalten. Am 10. April  
sollen im Reichsfinanzministerium neue Besprechungen mit  
den Gewerkschaftsvertretern stattfinden.

Berlin, 14. März. Im Hauptausschuß des Deut-  
schen Industrie- und Handelsrats, der gestern unter dem  
Vorsitz seines Präsidenten Franz v. Mendelssohn tagte,  
wurde nach Referaten des Geheimrats Dr. Hagen-Röhn und  
des Kommerzienrats Dr. Reusch-Duisburg über die Ver-  
hältnisse im besetzten und Einbruchgebiet eine Erklärung  
angenommen, in der es heißt: Der Hauptausschuß des  
Deutschen Industrie- und Handelsrats vertritt die ge-  
samte besetzte und Einbruchgebiet, daß die Erwerbskräfte  
Deutschlands fest hinter der leidenden Bevölkerung des  
Besitz stehen. Der Ausschuss erwartet, daß im geschäft-  
lichen Verkehr mit den besetzten Gebieten die weitgehendste  
Sicht auf Kreditgewährung und Lieferungsverleichterungen  
genommen wird.

Berlin, 14. März. Das empfindende Verhalten der  
Franzosen gegenüber dem Oberbürgermeister Zimmermann  
aus Buer hat den Vorstand der demokratischen Partei ver-  
anlaßt, folgendes Telegramm an die englische Bölkerbunds-  
liga zu senden: Französische Besatzungsbehörde Westfalens  
hat Oberbürgermeister Zimmermann-Buer als Geiseln fest-  
gesetzt und droht dessen Hinrichtung an. Unerhörter, un-  
menschlicher und kraßester Rechtsbruch erfordert sofortiges  
Eingreifen. Erwarten Aktion zur Befreiung unschuldig ver-  
urteilter und bedrohter Deutschen.

Berlin, 13. März. Im Haushaltsausschuß des Reichs-  
tags erklärte Reichspostminister Stinagl, eine weitere Tarif-  
erhöhung werde in der nächsten Zeit bei der Post nicht mehr  
vorgesehen. — Der Reichsminister des Auswärtigen  
Dr. von Rosenbergs wird am Freitag oder am kommenden  
Montag bei der Beratung seines Etats im Reichstag  
sprechen und bei der Gelegenheit auch auf Herrn Poinecaré  
seiner Verdrückungslüste antworten. — Durch eine Verord-  
nung des französischen Kommandanten in Reddinghausen  
werden deutsche Beamte für Sabotageakte an den Eisenbahn-  
anlagen verantwortlich gemacht. — Der Dollar notierte am  
Dienstag in Frankfurt 20 797.85 G., 20 902.15 Br., in  
Berlin 20 787.90 G., 20 892.10 Br.

Basel, 13. März. Der schweizerische Gewerkschafts-  
bund und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der  
Schweiz haben sich erneut an den Bundesrat gewandt und  
in auf die Folgen der Ruhrbesetzung für die schweizerische  
Wollwirtschaft aufmerksam gemacht. Infolge der Ruhrbe-  
setzung und des Streiks der Bergleute im Saargebiet hat  
der Kohlenpreis bereits eine Erhöhung um 15 Proz. erfahren.  
Ein weiteres Anziehen der Preise steht bevor.

Paris, 13. März. Der Brüsseler Sonderberichterstatter  
der „Chicago Tribune“ behauptet, die Alliierten würden  
wider 20 000 Mann Truppen und 10 000 Arbeiter nach  
dem Ruhrgebiet schicken. Bei der Besprechung der gestrigen  
Anschüsse in Buer soll, nach dem Berichterstatter, der  
Kriegsminister Maginot als Repräsentant die Teilnahme von  
Geldern und Kontribution von ganzen Städten vorgeschlagen  
haben. Der Berichterstatter will auch wissen, daß in der  
nächsten Woche in Paris eine weitere Konferenz stattfinden  
soll, auf der das Reparationsprogramm der Besatzungsmächte  
in seinen Grundzügen festgelegt werden soll.

New-York, 13. März. Ein großer Wirbelsturm aus  
dem Westen suchte Teile des Landes heim und verursachte  
in einer Anzahl von Städten Todesfälle und Verwundungen.  
In Vinson (Tennessee) wurden 20 Personen getötet und  
75 verwundet. 50 Häuser sind eingestürzt. In Portsmouth  
in der Staat Ohio wurde ein Schulhaus abgedeckt und mehrere  
Kinder getötet oder verwundet. In Ohio wurde ein ganzer  
Wägenzug von den Schienen herabgerissen.

Forderung auf Schaffung einer neuen Polizei in Buer.  
Buer, 13. März. Anlässlich der Erziehung der beiden fran-  
zösischen Offiziere hat der Ortskommandant von Buer die  
Stadtverwaltung aufgefordert, sofort eine neue Polizei zu  
schaffen. Damit geben die Franzosen selbst zu, daß sie mit der  
jetzigen Fortschaffung der Schutzpolizisten einen nicht wie-  
der gutzumachenden Fehler begangen haben. Die Bildung einer

neuen Polizei köstet auf außerordentliche Schwierigkeiten, da  
geübtes Personal nicht vorhanden ist und die noch vorhandene  
Kriminalpolizei wegen der Ermordung eines deutschen Primi-  
nalwachtmasters durch die Franzosen nicht gewillt ist, sich der  
Lebensgefahr auszusetzen.

#### Kuhaltender Terror in Buer.

Dortmund, 13. März. Die Stadt Buer ist nach wie vor  
von der Kuhwelt abgeschnitten. Nach vereinigt vorliegenden  
Meldungen hält der französische Terror an. So wurde z. B.  
ein Zivilist, der mit der Straßenbahn nach Belsenkirchen zurück-  
fahren sollte, als er am Bahnhof umstieg, durch einen Gewehr-  
schuß getötet. Außerdem wurde noch ein Zivilist getötet und  
mehrere verletzt, darunter eine Frau. Die Besatzung der Stadt  
ist erheblich verstärkt worden. Vor dem Rathaus haben die  
Franzosen sechs Tanks aufgestellt. In Essen scheint sich etwas  
Befriederendes vorzubereiten. Heute vormittag wurden auf allen  
Kreuzungen der Hauptstraßen Doppelposten aufgestellt, auch im  
Inneren der Stadt, die sonst von militärischen Truppen frei-  
geblieben war.

#### Französische Reuterer als Mörder der Offiziere in Buer.

Berlin, 13. März. Die Bevölkerung in Buer ist durch die  
ungeheuerlichen drakonischen Maßnahmen, die durch das fran-  
zösische Generalkommando über die Stadt Buer verhängt wor-  
den, in größter Aufregung. Die objektive Feststellung der Vor-  
gänge, die zur Ermordung der beiden französischen Offiziere  
geführt hatten, ist daher nicht leicht. Nach eingehenden Erfun-  
dungen und Rücksprachen mit maßgebenden Persönlichkeiten er-  
gibt sich über die Vorfälle folgendes klares Bild: Am 10. März,  
abends nach 9 Uhr, trat der diensthabende französische Offizier  
der Kommande, der von dem Kommandanten des militärischen  
Wohnquartiers Buer-Nord begleitet war, bei der Besichtigung der  
Wohnquartiersquartiere an der Ecke der Doh- und Saagenstraße  
zwei französische Soldaten, die sich nicht in ihre Quartiere be-  
geben hatten. Die französischen Offiziere stellten darauf die  
französischen Soldaten. Es ergab sich ein lebhafter Wortwechsel,  
der von einem deutschen Rechtsanwalt und seiner Frau mit an-  
gehört wurde und in französischer Sprache geführt war. Diese  
Auseinandersetzung wurde jäh abgebrochen durch zwei Schüsse,  
nach denen der Rechtsanwalt und seine Frau wieder aus Fen-  
ster stürzten. Beide sahen in der Dunkelheit zwei Körper am  
Boden liegen. Ein zu derselben Zeit auf seinem Rundgang be-  
findlicher deutscher Polizeikommissar Schüller erlitt, als er die  
Schüsse fallen hörte, an der Ecke der Doh- und Saagenstraße  
und rief, als er den Tatbestand sah, durch Signale deutsche Ver-  
stärkung herbei. Ein Zivilist, der sich in der Begleitung der  
französischen Soldaten befand, und mit ihnen deutsch sprach —  
anscheinend waren alle drei Wäfler — forderte die französischen  
Soldaten auf, sich gegen die deutschen Zivilisten schußfertig zu  
machen. Der mit der Verstärkung herbeigekommene zweite deutsche  
Kommissar verurteilte die französischen Soldaten zu beruhigen.  
Er erhielt aber auf 5-6 Schritte von den französischen Soldaten  
einen Schuß in die Schulter. Mittlerweile hatten auch die  
französischen Soldaten Verstärkung erhalten und es entspann  
sich eine regelrechte Schießerei zwischen der Gruppe der nach  
Ankunft der deutschen Beamten meuternden französischen Soldaten  
und den im Polizeidienst befindlichen deutschen Polizeibe-  
amten. Hierbei wurde aus der Gruppe sich ansammelnder Pas-  
santen der Metallarbeiter Diefels getötet und der Arbeiter Ernst  
Scholl schwer verletzt. Mehrere Personen erlitten Schuß-  
und Sticherletzungen. Die Soldaten sperrten darauf die Straße  
ab und durchsuchten sämtliche Passanten nach Waffen. Diese  
Feststellungen ergaben mit absoluter Sicherheit, daß es sich an-  
fanglich um eine Meuterei französischer Soldaten gegen ihre  
Offiziere gehandelt hat. In der aus diesem Vorkfall sich ent-  
wickelnden allgemeinen Erregung ergab sich später eine völlige  
Verwirrung des Tatbestandes. Es ist sehr wohl möglich, daß  
die später hinzugekommenen französischen Soldaten in der allge-  
meinen Aufregung nicht mehr wußten, um was es sich eigentlich ge-  
handelt hatte. Der Vorgang in Buer ist um so wahrscheinlicher,  
weil in der letzten Woche von verschiedenen Seiten Gerüchte und  
Meldungen im besetzten Gebiet über Unruhen über Meutereien  
französischer Soldaten gegen ihre Offiziere, die zum schärfsten  
Eingreifen der französischen Militärbehörden führten.

Buer, 14. März. Die behördlichen Feststellungen über die  
Erziehung der beiden französischen Offiziere am Abend des 10.  
März sind in einem längeren Bericht niedergelegt, dem u. a.  
zu entnehmen ist: Nach den Angaben eines französischen Kavali-  
ers vom Jägerbataillon Nr. 17 hat ein Offizier von hinten einen  
Schuß erhalten. Die Kugel ist durchgeschlagen und  
wurde bei dem andern Offizier vorn in der Brust gefunden, wo  
sie sich leicht herausziehen ließ. Die hierdurch entstandene Ver-  
letzung ist nur unbedeutend gewesen. Dieser Offizier hat einen  
zweiten Schuß von hinten durch den Kopf erhalten. Diese Ver-  
letzung hat den Tod zur Folge gehabt. Der Bericht enthält  
dann genaue Angaben über die Aussagen des Kapitans über den  
Ort der Tat und die Umstände, unter denen die Leichen gefun-  
den wurden. Weiter heißt es in dem Bericht: Die gefundene  
Kugel ist eine solche mit Messingmantel, Kaliber 9. Feuer  
wurden zwei Patronenhüllen einer gleichfallsrigen Kugel mit  
der Bezeichnung D.M.S.A. 480 G. gefunden. Der Bericht  
sagt weiter, daß nach dem Ergebnis der Zeugenaussagen als  
Täter zwei französische Alpenjäger in Frage kämen. Die Leichen  
der beiden erschossenen Offiziere sind von einem deutschen Arzt  
nicht beschädigt worden. Die Angaben über die Verletzungen  
beruhen auf den Angaben des Kapitäns. Nach dessen Angabe  
hätte der eine Offizier am Abend die Kommande und hatte um 9  
Uhr abends die Quartiere zu revidieren. Ueber das Resultat  
der Revision wurde nichts bekannt. Die Schüsse wurden von  
einer Anzahl Jungen gehört. Zwei dieser Jungen haben zwei  
französische Alpenjäger nach den Schüssen davonlaufen sehen.  
Da der eine Offizier die Kommande hatte, und die beiden Soldaten  
also nach dem Hauptort außerhalb des Quartiers antraf, so  
wird er sie wohl angehalten haben. Daß es hierbei zu einer  
lebhaften und energiegelben Auseinandersetzung gekommen ist,  
steht fest. Dieses Anhalten mag die Soldaten zu der Tat ver-  
anlaßt haben. — Der französischen Besatzungsbehörde wurde  
eine Abschrift des Protokolls übergeben. Daß die verlorene  
Munition deutschen Ursprungs ist, beweist nichts, weil die deut-  
schen Schupo-Beamten Waffen und Munition abgenommen be-  
samen.

#### Eine deutsche Note gegen den französischen Terror in Buer.

Berlin, 13. März. Der deutsche Geschäftsträger in Paris  
wurde beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu  
überreichen, in der es heißt: Der kommandierende General des  
12. französischen Armeekorps hat wegen der Tötung von zwei  
französischen Militärpersonen in Buer den Oberbürgermeister  
als Geiseln festnehmen lassen und dem Magistrat amtlich bekannt-  
gegeben, daß der Oberbürgermeister ohne Urteil erschossen wer-  
den würde, falls weitere Gewaltakte an Franzosen verübt wer-  
den. Er hat außerdem gegen die Stabbevölkerung selbst die  
schärfsten Repressalien angeordnet, denen bereits eine Reihe  
Einwohner zum Opfer gefallen sind. Obwohl im Augenblick  
die amtlichen Berichte über die Einzelheiten noch ausbleiben, kann  
schon jetzt festgestellt werden, daß mehrere Personen erschossen  
oder verwundet worden sind. Nach den Meldungen der deut-  
lichen deutschen Behörden steht fest, daß Deutsche an  
der Tötung der beiden französischen Militärpersonen überhaupt  
beteiligt waren. Die Maßnahmen, wie sie jetzt von dem fran-  
zösischen General in Buer durchgeführt oder angedroht werden,  
sind lediglich dazu angetan, die Bevölkerung zur Verweigerung  
zu treiben und unabsehbares Unheil heraufzubeschwören. Wenn  
der französischen Regierung noch daran liegt, dies zu verhindern,  
so ist es ihre Pflicht, dem Vorgehen der militärischen Befehls-  
haber Einhalt zu gebieten, die Verantwortung für alle Folgen  
sonst auf sie allein und nicht die deutsche Regierung oder die  
deutsche Bevölkerung fällt.

#### Keine Ruhrkohlen durch Frankreich!

Berlin, 13. März. Der Reichskommissar für die Kohlenver-  
teilung teilt mit: Durch eine neuerliche Bekanntmachung der  
interalliierten Rheinlandkommission wird den Verbrauchern im  
besetzten Gebiet empfohlen, Aufträge auf die Zufuhr von Ruhr-  
kohlen unmittelbar an die Bergwerke zu erteilen. Für diese von  
der Rheinlandkommission zu genehmigenden Lieferungen wird  
jede Verkehrshemmnis in Aussicht gestellt. Die Besatzungsmächte  
werden mit diesem Verbot, in der Kohlage, die lediglich sie selbst  
verschuldeten, den Rettungsweg zu spielen, keinen Erfolg haben.  
Nur durch die vollständige Freiheit der Verkehrswege kann die  
Kohlenversorgung des allbesetzten Gebiets wieder in Ordnung  
gebracht werden. Auf Sonderbewilligungen der Besatzungs-  
mächte hin wird weder deutsches Schiffpersonal über den mili-  
tarisierten Rhein, noch deutsches Eisenbahnpersonal über mili-  
tarisierte Bahnhöfen Kohlen fördern. Auch wird der deutsche  
Bergmann keine Kohlen fördern, wenn die Besatzungsmächte  
etwas selbst den Transport übernehmen wollten. Im übrigen  
wurde den Besatzern des besetzten Gebiets ausdrücklich vom Reichs-  
kohlenkommissar unter Strafanandrohung verboten, Sendungen  
über militarisierte Strecken und andere Aufträge von den Ver-  
brauchern — abgesehen vom Landabsatz — ohne besondere Ge-  
nehmigung auszuführen.

#### Die Regierung gegen die Ermäßigung der Kohlensteuer.

Berlin, 13. März. Der Steuerausschuß des Reichstags be-  
schloß sich heute mit dem Kohlensteuergesetzentwurf. Abgeord-  
neter Gottdin (Demokrat) fordert im Interesse einer Senkung  
der Kohlensteuer für die Verbraucher eine Ermäßigung der  
Kohlensteuer von 40 auf 20 Prozent. Redner der Deutschnationalen,  
des Zentrums und der Sozialdemokraten äußerten scharfe  
Bedenken wegen einer Herabsetzung der Kohlensteuer. Sie be-  
fürchten, daß das Reich der Einnahmen verlustig würde, ohne  
daß die Kohlen billiger werden. Auch ein Vertreter der Re-  
gierung bezweifelte, daß zurzeit eine Ermäßigung der Kohlen-  
steuer für die Verbrauchertelle von wesentlichem Einfluß sein  
würde. Reichsfinanzminister Dr. Dermes erkannte die Not-  
wendigkeit an, an einen Abbau der Kohlenpreise heranzugehen.  
Eine Besprechung zu diesem Zweck findet schon in den nächsten  
Tagen zwischen Finanzminister, Wirtschaftminister und Arbeits-  
minister statt. Eine Abschwächung der Kohlensteuer würde  
um 40 auf 20 Prozent sei für die Regierung unannehmbar.

#### Wird Venedig intervenieren?

Wien, 13. März. Das „Neue Wiener Journal“ veröffent-  
licht in großer Aufmachung eine Erklärung des tschechischen  
Außenministers Dr. Benesch, in der dieser feststellt, man sei  
tatsächlich an ihn herangetreten hinsichtlich einer Intervention.  
Er könne aber dieser Anregung nicht folgen, weil Frankreich  
erst vor kurzer Zeit seinen Verbündeten notifiziert, daß es  
jeden Versuch einer Vermittlung als feindseligen Akt gegen sich  
betrachten werde. Es scheint nun, daß Venedig nach Paris eine  
Note geschickt hat, in der er darauf aufmerksam macht, daß das  
Ergebn um eine Intervention an ihn gerichtet worden sei und  
gleichzeitig feststellt, daß er angesichts der seinerzeitigen Erklä-  
rung Frankreichs eine Intervention nicht durchführen könne.  
In politischen Kreisen glaubt man, daß diese Rundgebung Be-  
neshs geradezu den Zweck hat, in Paris anzufachen, ob die  
damalige Meinung über eine Intervention auch heute noch  
gelte. Man glaubt nicht, daß Venedig damit die Intervention  
als solche schon zurückgewiesen hat.

#### Androhung der Besetzung Darmhades.

Paris, 13. März. Die Radio-Agentur, die in der letzten  
Zeit des öfteren zur Veröffentlichung halbamtlicher Rundgebun-  
gen bemüht worden ist, veröffentlicht heute folgende Note: Wir  
glauben zu wissen, daß die offizielle Reise des Kriegsministers  
Maginot nach dem Ruhrgebiet nicht den einzigen Zweck gehabt  
hat, die französischen Truppen im Ruhrgebiet zu inspizieren.  
Seine Reise nach dem Ruhrgebiet ist, wenn wir gut unterrich-  
tet sind, auch auf einen Bericht des Generals Degoutte zurück-  
zuführen, in dem dieser ausführte, daß es angeht, die in immer  
stärker werdenden Agitation der deutschen Agenten und der er-  
sten Ergebnisse, die diese Reparatur über Nacht herbeiführen  
könnte, angebracht wäre, so rasch wie möglich eine Verstärkung  
der französischen Besatzungstruppen vorzunehmen. Außerdem  
habe General Degoutte in seinem Bericht die Ansicht ausgespro-  
chen, daß die deutsche Regierung, die durch die französisch-belgi-  
sche Erfassung des Ruhrgebiets und der Rheinlande bereits stark  
erschüttert sei, rascher nachgeben werde, wenn die Besetzung auf  
weitere wichtige Industriezentren des Rheinlands ausgedehnt  
würde, beispielsweise auf Darmstadt und Frankfurt a. M., wo  
man bereits die vor den Städten gelegenen großen Fabriken in  
der Hand habe. Die beiden von General Degoutte ins Auge  
gefaßten Möglichkeiten erforderten eine bemerkenswerte Ver-  
mehrung der Truppen und die Regierung habe aus diesem

Sie kennen Feurio nicht?



Dann fragen Sie Ihre Nach-  
barin, die sagt Ihnen, daß Feurio  
Haushaltseife mit 80% Fett die  
hochwertigste und sparsamste ist.

Bereinigende Seifenfabriken Stuttgart A. G.

TR.UEB

Grunde Kriegsminister Maginot zu General Degoutte gefandt, damit sie zusammen die in Frage kommenden Einzelheiten beraten könnten. So fanden die Ereignisse, als unmittelbar vor der Ankunft des Kriegsministers die Ereignisse eintraten, die General Degoutte vorausgesehen und beabsichtigt hatte: Zwei französische Offiziere sind hinterläßt ermordet worden. Wir glauben, daß unter diesen Umständen die Besetzung einer der beiden genannten Städte, wahrscheinlich der von Darmstadt, binnen kurzem durchgeführt wird und weitere Maßnahmen folgen werden. Demgegenüber läßt das „Echo de Paris“ durch seinen Berichterstatter melden, das Gerücht, man wolle Darmstadt und Frankfurt a. M. besetzen, sei falsch.

**Wocifelhafte französische Meldungen.**  
Paris, 13. März. Davas berichtet aus Düsseldorf, gestern seien die französischen Behörden zum ersten Mal auf einer Grube zur unmittelbaren Beschlagnahme von Koks geschritten. Die Ingenieure der Kommission Coste hätten sich gestern vormittag auf der fiskalischen Grube „Westerholt“ eingestellt, gleichzeitig mit ihnen 50 Arbeiter und ein Bataillon Infanterie. Die Ingenieure hätten sich sofort mit den Vertretern des Betriebsrats in Verbindung gesetzt, sie über den Zweck ihres Kommens aufgeklärt und ihnen eine deutsch geschriebene Kopie dieser Erklärung übergeben. Es sei dann sowohl unter Tage als auch in der zu der Grube gehörenden Kokerie den ganzen Vormittag weitergearbeitet worden. Erst am Nachmittag sei die Arbeit eingestellt worden, ohne daß es jedoch zu einem Zwischenfall gekommen sei. Die mitgearbeiteten Arbeiter hätten gestern ohne Schwierigkeiten etwa 350 Tonnen Koks geladen und noch einmal die gleiche Zahl heute vormittag. Heute gedente man einen

Tag von 40 Wagen von diesem Koks nach Frankreich zu expedieren. Der letzte am Vormittag eingegangenen Nachricht zufolge dauere der Streik in der Grube und in der Kokerie „Westerholt“ an. Die deutschen Arbeiter hätten erklärt, sie würden die Koksöfen erhalten lassen.

**Die Brüsseler Konferenz.**

Paris, 13. März. Ueber das Ergebnis der gestrigen Brüsseler Konferenz schreibt der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“, zum erstenmal hätten die französische und belgische Regierung genau ihre Politik gegenüber Deutschland präzisiert. Denn sie gaben bekannt, unter welchen Bedingungen sie das Ruhrgebiet räumen wollen. Sie erklärten, daß sie es Staffelsweise, je nachdem Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt, räumen wollen. Die Belgier seien es, wie der Berichterstatter glaubt, gewesen, die besonders darauf bestanden hätten, daß der gesamten Welt schon jetzt die Versicherung in der festschriftlichen Form gegeben werde, daß Frankreich und Belgien niemals und in keiner Weise daran gedacht hätten, das Ruhrgebiet vom Reiche zu trennen, noch weniger es zu annektieren. Die gestrigen Erklärungen nehmen heute den Charakter einer Verpflichtung an. Die Bedeutung dieser Verpflichtung sei um so größer, als noch jüngst deutsche Stimmen sich hätten vernahmen lassen, um Deutschland vorzuschlagen, es könne die progressive Räumung des Ruhrgebietes annehmen. Jetzt, so fügt der Berichterstatter hinzu, hängt es von der deutschen Regierung und den Industriellen ab, die Zurücknahme der Besetzung zu beschließen, oder hinauszuzögern. Der Berichterstatter glaubt, daß die Entscheidung von Brüssel den Weg für die ersten Verhand-

lungen öffnen werde, ohne den Bedingungen für die endgültige Regelung vorzugreifen.

**Belichen Americas auf sofortiger Bezahlung der Besatzungskosten.**

Paris, 13. März. Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Washington werden die Vereinigten Staaten in einigen Tagen ihren Unterhändler in der Pariser Kommission zur Rückzahlung der amerikanischen Besatzungskosten dahin anweisen, daß er auf der Bezahlung der Besatzungskosten zu Grund einer angemessenen Beteiligung der Vereinigten Staaten an den bisherigen Verzählungen und Sachleistungen Deutschlands bestete. Das Angebot der Alliierten, daß die Bezahlung aus den künftigen deutschen Leistungen erfolgen soll, soll der Unterhändler gar nicht beantworten. Man nehme deshalb an, daß die Verhandlungen in Paris auf den toten Punkt geraten werden. Staatssekretär Hughes wurde zu diesem Zweck durch zwei Erklärungen veranlaßt: erstens, die Vereinigten Staaten besitzen moralisch und gesetzlich das Recht, auf Bezahlung eines angemessenen Teiles von den bereits erfolgten deutschen Leistungen zu bestehen. Zweitens: die Annahme des künftigen Vorschlags würde die Vereinigten Staaten in eine Stellung bringen, in der sie bei der zwangsweisen Einstellung der Reparationen mithelfen müßten.

**Die Dollar-Schabanweisungen des Deutschen Reiches** liegen vom 12. bis 24. März zur Zeichnung auf. Im Interesse der heutigen Kammer werden die für unsere Leser in Frage kommenden Zeichnungsstellen bekanntgegeben, doch werden auch die übrigen Geldinstitute bereit sein, Kaufkraft zu erteilen und die Zeichnungen für ihre Kunden zu vermitteln.

Bezugspreis: 100  
Kriegsstand in Neuenbürg  
A 190. Durch die Kohle  
in Calw und Oststamm-  
recht, sowie im sonstigen  
ökonomischen Bereich A 1909  
mit Volksbeschäftigung.  
Es bilden von 11-1200000  
wird behält sein Anspruch  
auf Bezahlung der Besetzung  
der auf Wiederherstellung des  
Bezugspreises.

Beziehungen nehmen  
höheren, in Neuenbürg  
werden die Ausdrücke  
bedeutung abgeben.

Neuenbürg Nr. 24 bei der  
G. L. Sperfeld, Neuenbürg.

**Schafzräude.**  
Unter dem Schafbestand des Friedrich Reuster in Obernhausen ist der Ausbruch der Schafzräude festgestellt worden.  
Neuenbürg, den 12. März 1923.

**Gunde-Abgabe.**  
Die Gunde-Abgabe wurde vorbehaltlich der Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen mit Wirkung vom 1. April 1923 ab erhöht auf 8000 Mk. für einen Hund und auf 12000 Mk. für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen oder der Steuerpflichtigen desselben Haushalts.  
Steuerpflichtig für das ganze Jahr ist derjenige, welcher den Hund am 1. April hält; nach dem 1. April eingestellte steuerbare Hunde sind binnen zwei Wochen der Gemeindebehörde anzuzeigen.  
An- und Abmeldungen von Hunden haben in der Zeit vom 1. bis 15. April ds. Js. schriftlich auf dem Rathaus (Zimmer 3) zu erfolgen. Steuerpflichtige, welche bis zum 15. April ds. Js. die Abmeldung eines bis dahin versteuerten Hundes unterlassen, haben die Abgabe für das neue Steuerjahr fortzuentrichten.

**Stammholz- und Stanpen-Verkauf.**  
Am Samstag, den 17. März 1923  
kommen auf dem Rathaus zum Verkauf:  
a. im schriftlichen Aufsteig:  
Langholz: 2,26 qm. II. Kl., 4,80 qm. IV. Kl., 20,81 qm. V. Kl., 14,89 qm. VI. Kl.  
b. im mündlichen Aufsteig:  
Stangen: Anschließend an obigen Verkauf; Baustrangen: 19 Ia., 170 Ib., 272 II., 122 III. Kl.  
Hagstrangen: 20 I., 173 II., 242 III. Kl.  
Hopsenstrangen: 153 I., 291 II., 73 III., 85 IV., 97 V. Klasse.  
Klosterböden: 101 I., 12 II. Klasse.  
Schriftliche Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. November 1922 sind bis spätestens 2 Uhr nachm. auf dem Rathaus einzureichen.  
Nachgebote werden nicht angenommen.

**Stammholz-Verkauf.**  
Die Gemeinde Krumbach verkauft aus verschiedenen Waldabteilungen im schriftlichen Aufsteig:  
Lannen: 107 Stück mit 140,09 Festm.  
Forchen: 3 Stück mit 3,44 Festm.  
Eichen: 6 Stück mit 1,67 Festm.  
Buchen: 3 Stück mit 1,71 Festm.  
Als Bedingungen gelten die Bedingungen des Waldbesitzerverbandes. Abgabe günstig. Schriftliche bedingungslose Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. Januar 1923 wollen bis spätestens  
Mittwoch, den 21. ds. Mts.,  
vormittags 10 Uhr,  
beim Schultheißenamt eingereicht werden. Losverzeichnisse erteilt Waldmeister König.  
Krumbach, den 12. März 1923.  
Gemeinderat.

**Dollar-Schabanweisungen des Deutschen Reiches**  
garantiert von der Reichsbank,  
am 15. April 1923 mit 120% rückzahlbar.  
Stücke zu 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar.  
Zeichnung vom 12. bis 24. März ds. Js.  
Zeichnungen werden bei den unterzeichneten Zeichnungsstellen entgegengenommen. Prospekte mit näheren Bedingungen liegen bei allen Zeichnungsstellen auf und werden auf Wunsch abgegeben.  
Oberamtsparkasse Neuenbürg. Sämtliche Pforzheimer Banken, an ihrer Spitze die Reichsbanknebenstelle.

**Bezirks-Wirtsverein.**  
Von heute ab treten folgende Richtpreise in Anwendung:  
1/10 Ltr. Lagerbier 300 Mk  
1/10 Ltr. Exportbier 400 „  
0,7 Ltr. Lagerbier 700 „  
0,6 Ltr. Exportbier 750 „  
0,7 Ltr. 900 „  
1/10 Ltr. 1922er Wein 400 „  
1 Ltr. Most 400 „  
Brantwein 200 „  
1 Mittagessen im Abonnement 70% des jeweiligen Ochsenfleischpreises.  
1 Mittagessen außer Abonnement der jeweilige Preis von 1 Pfd. Ochsenfleisch.

**la. Speise-Sartoffeln**  
Liefere waggonweise  
Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach.  
Telephon 2.  
Wer j hi kann, der soll kaufen,  
bevor die Preissteigerung eintritt!  
Ich offeriere:  
elegante Herren-Anzüge  
aus nur guten Stoffen.  
Summi-Mäntel,  
gestreifte Hosen für Sonntag und Werktag,  
feldgrüne und Pilot Hosen  
zu unvorstelllich billigen Preisen.  
Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, erster Stock,  
lein Laden.  
vis-à-vis der Auer Brücke.  
Ein Versuch lohnt, da Sie Geld sparen.

**Schlafzimmer, Alleinmädchen**  
Waldbach. Unterhaltenes Schlafzimmer, neu poliert, mit warmen Fußboden. Preis 500000 Mark. Näheres Buchhandlung Frittsler.  
Neuenbürg. Für keinen christlichen Haushalt wird  
Alleinmädchen bei gutem Lohn und mit sofortigem Eintritt gesucht. Näheres Auskunft erteilt Frau Stadtschreiberin Giff.

**Forstamt Liebenthal. Nadelholzstangen-Verkauf**  
am Dienstag, den 20. März 1923, nachm. 1 Uhr, in Liebenthal im „Lamm“ aus Staatswald I, 2 Ochsenstraße, 3 Büchelbronner Hönig; III 3 Dint. Bruch, 4 Erlenhöfen, 6 Mittel. Simmozheimerwald; V 8 Breithardt, 15 Galsenberg; VI 7 Ob. Kasseberg, 11 Ob. Buchenhardt; VIII 11 Keller, 17 Hardlebene, 19 Weiling; IX 5 Vorderer Hardtberg; XI 6 Ob. Hauswald, 26 Steinbuck; XII 13 Dint. Sommerhalde; Xi und Za. Bauft.: 2542 Ia., 727 Ib., 232 II., 33 III., Hagstrangen: 1067 I., 1020 II., 357 III., Hopfenst.: 1714 I., 306 II., 10 III., 694 IV., 270 V., Rebft.: 180 I. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, Ofd., Stuttgart.  
Wir haben die

**Bertretung**  
einer Versicherungs-Gesellschaft für den Platz Herrenthal und Umgebung zu vergeben. Ein ausgeübter Kundendienst ist zu übernehmen und kann bei systematischer Durcharbeitung eine laufende hohe Einnahme erzielt werden. Schreiben Sie sofort unter K. E. 2418 an Ala-Hausenhein & Vogler, Karlsruhe.

**Felle!**  
Zahl enorme Preise für Felle aller Art. Stalhöfen-Felle nach Größe bis 150 Mk und mehr. Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschreiben.  
E. Waischhofer, Tierpräparation, Pforzheim, Lindenstraße 25.

**Pilo**  
Sie kaufen gute Qualität wenn Pilo auf der Dose steht

**Pfannkuch & Co.**  
Für diese Woche: Frische See-Fische  
ferner eingetroffen: frisch geräucherter Süß-Bücklinge.  
Neuenbürg, Tel. 70.

**Deutsch-Amerikaner, z. Zt. hier, sucht Kapital durch Kauf von Geld- und Landanweisungen angelernt. Offerten an: Wehnermeister, Ewald Ehrich, Hamburg, Pinnasberg 38.**

**Läufer-Schweine**  
verkauft  
Adam Burkhardt, Vöckelmeister, Neuenbürg.  
Intelligenter Junge mit guten Schulzeugnissen kann auf

**Buchdrucker-Lehrling**  
bei gründlicher Ausbildung ab 1. Mai eintreten.  
E. Wehner'sche Buchdruckerei, Joh. D. Ström.  
H. M. „Lamm“.

**Die Arbeiterkammer**  
von Friedrich Wallraf  
der christlichen  
Entnommen der „  
Bei jedem anderen  
Franzosen und Belgier  
Kriegsstand herbeigeführt  
werden. Infolge der  
als Ehrenpflicht eines  
„Grande Nation“ hätte  
nicht zu überfallen, wenn  
Kamer im Besitze von  
Tausche hinüberbrannte  
auf die Entwaffnungspflicht  
Deutschland gründlich  
und nicht uns mit Gefühl  
über. Die Gefühle der  
konnte Schreiber dieses  
nützlich einer Auseinander  
ber von Kollet geplanten  
hellen. Die deutsche Arbeit  
zu nehmenden Kommunität  
Waldhären in Frankreich  
teilung der Kriegskontr  
kommt ankommt. Es wi  
französische Grenze, die  
deutschen Reich sowie die  
Wald- und Eisenindustrie  
Das Verfaller Friede  
ist es unerfüllbar sein  
in Deutschland dazu  
möglich, besser gesagt  
mit einem Zimmer des  
nach hinausposaunt, da  
in den Kohlen-, Holz-  
1922 nicht nachgekommen  
nach der Beschlagnahme  
wisse, was Deutschland  
ist wird verschwiegen, das  
wegen selbst Schuld war  
den Leistungen und im  
November 1918 bis zum 30.  
Summe von 36,5 Milliarden  
ist der Wert Eliaß-Lo  
deutschen Kolonien noch  
hohen Wert hinzu, so hat  
lung von über 100 Milli  
und war und ist zudem be  
Zugleichheit die Kriegsg  
zahlen. Auch die Note  
November 1922 weist aus  
Verhältnisse, wie Deutschl  
Verpflichtungen gerade  
in jedem auf der letzten  
Alliierten durch den Sta  
entgegenkommenden  
zu verlegen und mündl  
deutschen Vertreter nicht  
Die deutschen Arbeit  
am Reiche von Konferenz  
in London und in der  
Zwangsüberständigen  
und vorgelegt wurden die  
Belgien sehr wohl die  
Deutschland boten. Un  
sich Frankreich und  
französisch-belgische  
des Ruhrgebietes und  
und ab.

Die deutschen Arbeit  
Joch der militärischen  
„Kontroll-Ingenieure“ für  
von der Schuld des deut  
in Arbeiterkammer vom  
ihre Wirkung auf die Ku  
und Beamten wüßte  
die konstruierte Auffassun  
dem Antifranzösischen Geme  
die Ruhrbesetzung nicht  
wäre ein gemeinsames  
deutschen Großindustrie  
in ganz genau, daß sie  
Kapitalismus als vielmehr  
spätesten Militarismus  
nicht den deutschen Kap  
von zu geringerer Zeit  
und des völlig falsch info  
Waise tun. Der Vorw  
dingliche Aufgabe ist, d  
des Imperialismus und  
dies zu befreien. In  
deutschen Gewerkschaften  
maßnahmen beraten  
Es wohl das erste Mal  
in der Welt hat gegen  
Waldische Kapitalregel  
kann sich aber darauf  
beizuhilfen, die vom  
nach zu treffenden Maßn  
lassen wird. In die  
französisch-belgischen  
langst, Notzuchtigen,  
Stammesherber

Neuenbürg Nr. 24 bei der  
G. L. Sperfeld, Neuenbürg.